Sozialstaat – Sicherheit durch Solidarität
des KAB Diözesanverbandes Bamberg e.V.

KAB Diözesanverbandstag Bamberg 24. Oktober 2026

Leitantrag Sozialstaat – Sicherheit durch Solidarität
des KAB Diözesanverbandes Bamberg e.V.

Antragsteller:
Diözesanverbandsvorstand des KAB Diözesanverbandes Bamberg e.V.

Der Diözesanverbandstag möge beschließen:

Die derzeitigen Angriffe auf den Sozialstaat lassen an Heftigkeit nichts zu wünschen übrig. Es sind ausgerechnet die demokratischen Parteien der Mitte, die sich dabei besonders hervortun. Der Sozialstaat sei in seiner jetzigen Form nicht länger finanzierbar (Merz), er brauche eine Generalüberholung, wobei manches weh tun werde (Söder) und nur tiefgreifende Reformen könnten die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sichern (Reiche).

Diese Angriffe muss man wohl als bewusste politische Ablenkungsmanöver und damit als im Ergebnis grob fahrlässig bezeichnen, ist es doch gerade der Sozialstaat, der seit Jahrzehnten das menschenwürdige Dasein vieler absichert und damit unsere Gesellschaft stabil hält und unsere Demokratie widerstandsfähig macht.

Der Sozialstaat ist keineswegs die Ursache der derzeitigen wirtschaftlichen Krise, die wohl eher in hohen Energiepreisen, einer überbordenden Bürokratie, in einem einseitigen Steuersystem und einer verfehlten Industriepolitik wurzelt.

Der Sozialstaat ist nach unserer Auffassung eher Teil der Lösung. Er ist eine zivilisatorische Errungenschaft, die mathematisch nicht verrechenbar sein darf. Immanuel Kant brachte es vor über 200 Jahren schon auf den Punkt: „Würde hat keinen Preis“. Und der Sozialstaat ist der strukturgewordene Garant für die Würde des Menschen.

Im Sozialwort der beiden Kirchen von 1997 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ wird der politische Grundfehler der vorherrschenden Sozialpolitik benannt: „Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird.“ (24) Wir plädieren für einen starken Sozialstaat, der als Konsens aller gesellschaftlicher Gruppen auch von allen gewollt und getragen wird. In dieser Perspektive fordern wir ganz grundsätzlich eine Heranziehung aller Einkommensarten zur Finanzierung der Sozialsysteme. Drei Bereiche sollen dazu im Folgenden genauer in den Blick genommen werden.

Rente – keine Almosen, sondern erworbene Ansprüche

Das umlagefinanzierte Rentensystem, der Grundpfeiler des Generationenvertrags seit den Anfängen der Bundesrepublik, ist seit etlichen Jahren unter massiven Druck geraten. Angesichts sinkender Geburtenraten, steigender Lebenserwartung und einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft sei es nicht mehr länger in der Lage, der

nächsten Generation eine angemessene Daseinsversorgung im Alter zu garantieren. Die gesetzliche Rente, so Kanzler Merz, bedeute für die junge Generation nicht mehr als eine Basisabsicherung. Dementsprechend setzten und setzen die demokratischen Parteien der Mitte (egal welcher Koalitionsfarben) mehr oder weniger einseitig auf den Aufbau und die Stärkung privater, also kapitalgedeckter Altersvorsorge. Das bisherige Rentensystem wird durch „Reformen“ immer mehr in seiner Leistungsfähigkeit eingeschränkt. Finanzmarktprodukte sollen die entstehende Rentenversorgungslücke schließen.

Die Finanzmarktkrisen der letzten Jahre haben aber gezeigt, dass diese Märkte alles andere als verlässlich sind. Die eigentlichen Gewinner der privaten Altersvorsorge sind die Anbieter solcher Produkte und deren Aktionäre. Das Risiko für die Versicherten ist angesichts der Unbeständigkeit der Finanzmärkte und ihrer Produkte sehr hoch. Der Blick gerade nach Amerika zeigt, dass die finanzmarktdominierten Pensionsfonds in den letzten Finanzmarktkrisen Milliarden verloren haben.

Weil auch beim Thema Rente gesellschaftlich derzeit nur der „Mangel umverteilt wird“, wie es im Sozialwort der beiden Kirchen von 1997 heißt, wird die Rivalität zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen angeheizt. Die Jungen fühlen sich von den Alten übervorteilt, die Alten von den Jungen in ihrer Lebensleistung nicht ernst genommen. Die gesellschaftliche Solidarität verwandelt sich unter dem Druck der Verhältnisse in Konkurrenz.

Selbstverständlich unterstützen wir alle Anstrengungen, die Leistungsfähigkeit des derzeitigen Rentensystems zu erhalten, also etwa das Rentenniveau nicht weiter absinken zu lassen, den Renteneintritt nicht weiter nach hinten zu verschieben oder die Belastung der Beitragszahler durch versicherungsfremde Leistungen abzubauen. Letztendlich jedoch streben wir einen sehr grundsätzlichen Systemwechsel hin zu einer solidarischen Altersversorgung an:

Wir plädieren statt weiterer Flickschusterei und Ausweitungsversuche in die private, kapitalgedeckte Altersvorsorge für die Stärkung des bisherigen umlagefinanzierten Rentensystems, und zwar durch eine Verbreiterung der Einnahmeseite. Wir wollen die Weiterentwicklung dieses Systems hin zu einer Bürgerversicherung. Das bedeutet: Alle Bürger, also auch Beamte, Selbständige, Freiberufler und Politiker, zahlen in dieses System ein und zwar auf alle Einkommensarten (Löhne, Gehälter, Zinsen, Tantiemen, Miet- und Pachteinnahmen).

Neu an diesem System wäre, dass nicht nur Löhne und Gehälter sozialversicherungspflichtig wären, sondern eben auch Kapitalerträge, Dividenden, Mieteinnahmen etc. Dadurch würden die wirtschaftlichen Produktivitätszuwächse der Kapitalseite, die bisher zum großen Teil einfach die Privatvermögen der Wohlhabenden

vergrößert haben, durch ihre Sozialpflichtigmachung dem Gemeinwohl zugutekommen und ganz grundsätzlich den Sozialstaat stärken. Durch diesen Schritt könnten sowohl das Rentenniveau entscheidend angehoben als auch gleichzeitig die Rentenbeiträge gesenkt und damit das gesamte System auf Zukunft hin stabilisiert werden.

Der Generationenvertrag muss auf demographiefeste und zukunftsfähige Füße gestellt werden. Damit können die gesellschaftlichen Konflikte zwischen den Generationen entschärft werden.

Daher fordern wir:

- Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung Rente für alle Bürgerinnen und Bürger
- Einbeziehung aller Einkommensarten, insbesondere Kapital- und Vermögenseinkommen - bei entsprechenden Freibeträgen
- Ausdrückliche Festschreibung der 2009 eingeführten staatlichen Rentengarantie als Schutzklausel gegen Rentenkürzungen
- Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen nach oben
- Die Rentenansprüche bewegen sich im Rahmen einer gesetzlich festgelegten Mindest- und Höchstgrenze

Sozialstaat – Sicherheit durch Solidarität
des KAB Diözesanverbandes Bamberg e.V.

Das derzeitige Gesundheitssystem wird immer stärker den Interessen von Konzernen, Investoren und wirtschaftlichen Kennzahlen untergeordnet. Gesundheit ist zur Ware geworden. Krankenhäuser müssen Gewinne erwirtschaften, Pflege wird auf Minuten reduziert und medizinische Versorgung folgt zunehmend dem Prinzip der Rentabilität statt dem Bedarf der Menschen. Das Fallpauschalensystem hat den wirtschaftlichen Druck massiv verschärft. Behandlungen müssen sich „rechnen“, Krankenhäuser konkurrieren um lukrative Eingriffe und unrentable Bereiche geraten unter Druck.
Besonders im ländlichen Raum gefährdet dies die wohnortnahe Versorgung. Pflegekräfte und medizinisches Personal bezahlen diesen Sparkurs mit Überlastung, Schichtstress und wachsender Berufsflucht. Beschäftigte arbeiten unter massivem Druck, Personal fehlt an allen Ecken, und Patientinnen und Patienten werden zu Kostenfaktoren degradiert. Die Folge ist eine wachsende Zwei-Klassen-Medizin, in der Einkommen und Versicherungsstatus immer stärker über die Qualität und Schnelligkeit der Behandlung entscheiden.
Deutschland gehört zu den wirtschaftsstärksten Ländern der Welt und gibt jährlich hunderte Milliarden Euro für Gesundheit aus. Trotzdem warten viele Menschen monatelang auf Facharzt- oder Psychotherapieplätze. Gleichzeitig erwirtschaften private Krankenhauskonzerne Gewinne mit einer Versorgung, die eigentlich der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen muss.

Gesundheit ist ein Menschenrecht und keine Ware. Medizinische Versorgung muss sich am Wohl der Menschen orientieren – nicht an Renditen, Wettbewerb oder

wirtschaftlichen Interessen. Jeder Mensch muss unabhängig von Einkommen, Herkunft, Alter oder sozialem Status Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung haben.

Wir fordern deshalb ein solidarisches Gesundheitssystem, das den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehören eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung, bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, mehr Zeit für Patientinnen und Patienten sowie eine stärkere Förderung von Prävention, Rehabilitation und Pflege.

Eine gerechte Finanzierung muss gewährleisten, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Hohe Einkommen sowie große Vermögen und Kapitaleinkünfte müssen stärker zur Finanzierung beitragen. Langfristig braucht es eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle Bevölkerungsgruppen einzahlen. Gleichzeitig müssen gesamtgesellschaftliche Aufgaben stärker aus Steuermitteln finanziert werden.

Krankenhäuser erfüllen eine öffentliche Aufgabe. Deshalb müssen öffentliche und gemeinnützige Träger gestärkt und die Folgen von Privatisierung kritisch überprüft werden. Gewinne, die dem Gesundheitswesen entzogen werden, fehlen bei Personal, Pflege und Versorgung.
Auch der Einfluss finanzstarker Lobbygruppen im Gesundheitswesen muss begrenzt werden. Notwendig sind klare Lobbyregeln, unabhängige wissenschaftliche Beratung und demokratische Kontrolle.

Statt Konkurrenz braucht es mehr Zusammenarbeit und eine stärkere Konzentration auf die Versorgung der Menschen.

Sozialstaat – Sicherheit durch Solidarität
des KAB Diözesanverbandes Bamberg e.V.

Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Der Mensch muss wieder vor der Ökonomie stehen. Die grundlegende politische Frage lautet: Soll Gesundheit ein Markt sein oder Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge? Wir meinen, Gesundheit muss konsequent als soziales Recht und Gemeingut organisiert werden – nicht als Geschäftsmodell.

Deshalb fordern wir:

- Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit mit allen Einkommensarten einzahlen.
- Auflösung der Zwei-Klassen-Medizin, d.h. Abschaffung der Privaten Krankenversicherung als Vollversicherung
- Rückabwicklung der Privatisierung im Bereich der Krankenhäuser und Stärkung der öffentlichen und gemeinnützigen Trägerschaften
- Abschaffung oder grundlegende Reform der Fallpauschalen, damit Krankenhäuser nicht länger an möglichst vielen und möglichst profitablen Behandlungen verdienen müssen.
- Finanzierung nach Versorgungsauftrag und Bedarf der Bevölkerung statt nach Rendite und Wettbewerb.
- Ausbau wohnortnaher Versorgung auch dort, wo sie wirtschaftlich weniger attraktiv ist.
- Stärkere Förderung von Prävention und Gesundheitsvorsorge statt eines Systems, das vor allem an Krankheit verdient.
- Mehr demokratische Kontrolle durch Kommunen, Sozialversicherungen, Beschäftigte und Patientinnen und Patienten.
- Strengere Regulierung der Pharmaindustrie, etwa bei Medikamentenpreisen, Patenten und Lobbyeinfluss.

Pflege – kein Marktprodukt, sondern öffentliche Daseinsvorsorge

Sozialstaat – Sicherheit durch Solidarität
des KAB Diözesanverbandes Bamberg e.V.

Die Lage in der Pflege ist längst nicht mehr nur ein Fachkräfteproblem, sondern Ausdruck politischer Prioritätensetzung und struktureller Unterfinanzierung.
Die gesetzliche Pflegeversicherung deckt nur einen Teil der tatsächlichen Kosten ab und ist faktisch zu einer Teilkaskoversicherung geworden. Die wachsenden Eigenanteile der Pflegebedürftigen steigen seit Jahren deutlich schneller als Renten und Einkommen. Damit wird Pflege zunehmend zu einem Armutsrisiko, – besonders für Menschen mit niedrigen oder mittleren Renten.
Träger, – ob freigemeinnützig oder privat,– stehen unter einem System, das wirtschaftliche Auslastung und Effizienz über Versorgungssicherheit stellt. Investitionskosten werden häufig unzureichend finanziert, während gleichzeitig steigende Löhne und Fachkräftemangel nicht vollständig gegenfinanziert werden.
Politisch entsteht so ein Spannungsfeld: Einerseits wird „Pflegenotstand“ beklagt, andererseits bleibt eine strukturelle Reform der Finanzierung, der Personalbemessung und der Verantwortungsaufteilung zwischen Bund, Ländern und Pflegeversicherung aus. Das Ergebnis ist ein System, das seine sozialen Ziele zunehmend nur noch unter Überlastbedingungen erfüllen kann.

Die heutige Finanzierung über lohnabhängige Beiträge und hohe Eigenanteile ist strukturell einseitig. Gerechter wäre eine breitere Finanzierungsbasis:

Bürgerversicherung für alle Einkommen, auch Beamte, Selbstständige und Kapitaleinkünfte. Einbeziehung von Vermögenseinkommen und großen Erbschaften in die solidarische Finanzierung. Steuerfinanzierter Bundesanteil, da Pflege eine gesamtgesellschaftliche Infrastruktur ist. Abschaffung der faktischen „Privatfinanzierung durch die Hintertür“ über steigende Heimkosten.

Der entscheidende Systemfehler ist die zunehmende Marktlogik in der Pflege. Ein menschenzentriertes System würde:

- Pflege als Daseinsvorsorge definieren, nicht als Wettbewerbssystem
- starre Wirtschaftlichkeitszwänge in Einrichtungen begrenzen
- verbindliche Personalbemessung einführen, die sich am Bedarf der Pflegebedürftigen orientiert, nicht am Budget
- Bürokratie massiv reduzieren zugunsten von Zeit für Zuwendung
- Pflegekräfte strukturell aufwerten: bessere Bezahlung, mehr Mitbestimmung, verlässliche Arbeitsbedingungen

- Menschen in den Mittelpunkt: weg vom Markt, hin zur Versorgung

Damit wird eine Richtungsentscheidung deutlich.
Entweder wird Pflege weiter als Kostenproblem behandelt, – dann verschärfen sich Mangel und soziale Ungleichheit. Oder Pflege wird als Kern der sozialen Infrastruktur verstanden,– dann muss der Staat bereit sein, Umverteilung und klare Finanzierungsreformen durchzusetzen.

Kurz gesagt: Ein solidarisches Pflegesystem ist nur dann ehrlich, wenn es den Mut hat, die Finanzierung breiter, die Last gerechter und die Versorgung konsequent am Menschen, statt am Kostendeckel auszurichten.

Sozialstaat – Sicherheit durch Solidarität
des KAB Diözesanverbandes Bamberg e.V.

Pflege ist keine Ware und kein Marktprodukt, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein solidarisches Gemeinwesen muss garantieren, dass jeder Mensch im Pflegefall würdevoll versorgt wird,– unabhängig von Einkommen, Vermögen oder sozialem Status.

Die derzeitige Finanzierung der Pflegeversicherung ist unzureichend und sozial unausgewogen. Notwendig ist eine grundlegende Reform.

Daher fordern wir:

- Rückabwicklung der Privatisierung im Bereich der Pflege und Stärkung der öffentlichen und gemeinnützigen Trägerschaften
- Stärkere steuerfinanzierte Beteiligung des Bundes, insbesondere für gesellschaftliche Grundaufgaben
- Auf dem Weg zur Vollversicherung fordern wir die Begrenzung und perspektivische Abschaffung der Eigenanteile zur Finanzierung der Pflege und stärkere Unterstützung der pflegenden Angehörigen
- Aufbau eines Solidarfonds Pflege zum Ausgleich regionaler und struktureller Unterschiede
- Letztendlich geht es um die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung Pflege für alle Bürgerinnen und Bürger
- Einbeziehung aller Einkommensarten, insbesondere Kapital- und Vermögenseinkommen - bei entsprechenden Freibeträgen